

5314/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Gilbert Trattner und Kollegen haben an mich eine schriftliche Anfrage, betreffend „Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesverwaltung in den Jahren 1998 und 1999“, gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Für Ausgaben im Zusammenhang mit Öffentlichkeitsarbeit sind keine eigenen Voranschlagsposten vorgesehen, sodass diese Ausgaben nicht gesondert ausgewiesen werden. Da keine eigene Voranschlagspost besteht, ist es schwierig abzugrenzen, welche Ausgaben zumindest auch der Öffentlichkeitsarbeit dienen. Eine auf Schätzung beruhende Ermittlung der auf Öffentlichkeitsarbeit entfallenden Anteile verschiedener Ausgabenpositionen im Jahr 1998 wäre überdies nur nach aufwendigen, länger dauernden Erhebungen möglich, weshalb ich um Verständnis ersuchen muss, dass eine ziffernmäßige Beantwortung dieser Frage nicht erfolgt. Ich verweise im Einzelnen auf die Beantwortung der Fragen 3 und 4.

Ausgaben für Werbung sind nicht angefallen.

Zu 2 und 7:

Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit belasten die Personalausgaben und die Voranschlagsansätze 1/30008 „Bundesministerium für Justiz; Aufwendungen“, 1/30108 „Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur; Aufwendungen“, 1/30208 „Justizbe-

hörden in den Ländern; Aufwendungen“, 1/30308 „Justizanstalten; Aufwendungen“ und 1/30508 „Bewährungshilfe; Aufwendungen“. Wie oben ausgeführt, sind innerhalb dieser Voranschlagsansätze keine eigenen Voranschlagsposten für Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen.

Zu 3 und 4:

Der Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit meines Ressorts liegt in der Information der Bevölkerung oder spezifisch interessierter Adressatenkreise über legislative Vorhaben und über neue gesetzliche Regelungen im Justizbereich sowie in der systematischen, leicht fasslichen Darstellung allgemein bedeutsamer Rechtsgebiete. Im Jahre 1998 sind insbesondere folgende Broschüren und Publikationen herausgegeben worden:

• Neuauflage „Schöffen und Geschworene“	46.000,-- S
• 25. Fortbildungsseminar aus Strafrecht und Kriminologie in Ottenstein	43.000,-- S
• Entnazifizierung und Nachkriegsprozesse	40.000,-- S
• Fortbildung für Richter/innen und Staatsanwälte/innen	26.000,-- S
• Erneuerung des Justizbetriebes, Rationalisierung durch IT - Einsatz, Projektstand III	19.000,-- S
• Strafrechtliche Probleme der Gegenwart Ottenstein 1998	13.000,-- S
• Sexuelle Gewalt an Kindern	12.000,-- S
• Menschenrechte im Strafvollzug	9.000,-- S
• Arbeitstagung der Leitenden Strafvollzugsbeamten	6.000,-- S

Von den Veranstaltungen, die zwar nicht ausschließlich aber doch auch der Öffentlichkeitsarbeit dienen, sind insbesondere folgende anzuführen, wobei eine Ausweisung der auf Öffentlichkeitsarbeit entfallenden Kosten aus den bereits genannten angeführten Gründen nicht möglich ist:

- Tagung der Gerichtsvollzieher
- Tagung der Gerichtsvorsteher
- Österreichische Richterwoche in Schruns
- Symposium „Aktuelle Herausforderungen an das ZPO - Recht“
- Rechtspfleger - und Justizbeamtentagung
- Internationale Konferenz über die Entwicklung und Erhaltung von Rechten an Grund und Boden
- Design von Gerichts - und Rechtsinformationssystem
- Zweite Wiener Grundbuchskonferenz
- Europäische Konferenz „Die Zukunft der freien Rechtsberufe im integrierten Europa“
- Jugendrichtertagung
- Forum der Staatsanwälte in Innsbruck
- Tagung der Leitenden Strafvollzugsbeamten in St. Pölten
- Europäische Konferenz "Zukunft der justitiellen Zusammenarbeit in Strafsachen in Europa“

Diese Veranstaltungen dienen dem Vorantreiben der rechtspolitischen Diskussion und dem Diskurs der Rechtsberufe.

#### Zu 5 und 10:

Im Zusammenhang mit der Einführung des EURO sind im Justizressort im Jahr 1998 keine besonderen Kosten für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit angefallen; auch im Jahre 1999 werden daraus keine besonderen Kosten erwachsen.

#### Zu 6 und 11:

Bei der Vergabe von Aufträgen im Justizressort werden die Vergabevorschriften beachtet; Ausschreibungen sind in der Regel bei der Vergabe von Aufträgen mit einem Gesamtwert über 100.000,- S durchzuführen.

Besondere Aufträge für Öffentlichkeitsarbeit oder Werbung wurden vom Justizressort im Jahr 1998 nicht vergeben.

Im Rahmen der Arbeiten zu einer Neuorientierung der Öffentlichkeitsarbeit in der Justiz wurde in diesem Jahr - auch zur Vorbereitung der Richterwoche 1999 - nach

dem vorgeschriebenen Verhandlungsverfahren nach ÖNORM A - 2050 ein Auftrag für eine Meinungsforschungsstudie zum Image der Justiz vergeben.

Zu 8 und 9:

Im Jahre 1999 werden insbesondere folgende Broschüren und Publikationen herausgegeben:

- Anforderungen an die Öffentlichkeitsarbeit von Gerichten und Staatsanwaltschaften
- Ottenstein 1998
- Richterwoche 1998
- Menschenrechte im Strafvollzug
- Tagung der Leitenden Strafvollzugsbeamten 1998
- Vorarlberger Tage

Von den Veranstaltungen die Öffentlichkeitsarbeit im Jahre 1999 sind folgende zu nennen:

- Enquete 150 Jahre Staatsanwaltschaften
- Österreichische Richterwoche in Warmbad Villach
- Tagung für Richter/Richterinnen, Staatsanwälte/Staatsanwältinnen aus Deutschland, Schweiz und Österreich in Werfenweng
- Strafrechtliches Seminar in Ottenstein
- Vorarlberger Tage in Schruns

Im Rahmen der Neuorientierung der Öffentlichkeitsarbeit in der Justiz wird neben der in der Beantwortung der Fragen 6 und 11 erwähnten Meinungsforschungsstudie vom Bundesministerium für Justiz in Zusammenarbeit mit den Oberlandesgerichten eine Befragung von Bürgerinnen und Bürgern bei Gericht zum Thema "Zufriedenheit mit der Justiz" durchgeführt. Für wissenschaftliche und gutachterliche Unterstützung dieser Arbeiten ist ein Betrag von 35.000,- S vorgesehen.

Weiters ist in Aussicht genommen, ein vom Institut für Publizistik - und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien durchgeführtes Forschungsprojekt zu dem über die Justiz in den Medien veröffentlichten Bild mit einem noch festzulegenden Betrag zu fördern.

Zur Begründung dieser Ausgaben verweise ich auf Beantwortung der Fragen 3 und 4.